



Der landesweite Streik bei der französischen Staatsbahn SNCF am 10. Juni hat den Bahnverkehr erheblich beeinträchtigt und zugleich die sozialen Spannungen innerhalb des Konzerns sichtbar gemacht. Was zunächst als eintägige Mobilisierung erscheint, könnte sich rasch zu einem längeren Arbeitskampf entwickeln. Darauf deuten die Äußerungen der Gewerkschaft SUD-Rail hin, die bereits angekündigt hat, dass es „selbstverständlich weitere Schritte“ geben werde, sollten die Forderungen der Beschäftigten weiterhin unbeantwortet bleiben.

Im Zentrum des Konflikts stehen klassische soziale Themen: Löhne, Arbeitsbedingungen und die Organisation des Unternehmens. Die Gewerkschaften kritisieren, dass die Belastung der Beschäftigten in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen sei, ohne dass sich dies ausreichend in der Vergütung niedergeschlagen habe. Gleichzeitig sorgen interne Umstrukturierungen und die fortschreitende Öffnung des französischen Bahnmarktes für Wettbewerb für Verunsicherung unter den Beschäftigten.

Besonders bemerkenswert ist die ungewöhnlich breite gewerkschaftliche Allianz. Mit CGT, UNSA, CFDT und SUD-Rail haben sich sämtliche repräsentativen Gewerkschaften der SNCF dem Streik angeschlossen. Eine derart geschlossene Front war in den vergangenen Jahren selten zu beobachten. Die Einigkeit verleiht den Forderungen zusätzliches Gewicht und erhöht den Druck auf die Unternehmensführung.

Hinter dem aktuellen Konflikt steht eine tiefere Debatte über die Zukunft der französischen Eisenbahn. Die schrittweise Liberalisierung des Bahnsektors, die auf europäische Vorgaben zurückgeht, wird von vielen Eisenbahnern als Bedrohung des traditionellen SNCF-Modells wahrgenommen. Sie befürchten einen zunehmenden Wettbewerbsdruck, Stellenabbau sowie eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Unternehmensleitung hingegen argumentiert, dass die Reformen notwendig seien, um die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns langfristig zu sichern.

Der Ton zwischen den Konfliktparteien bleibt bislang angespannt. Julien Troccaz, einer der führenden Vertreter von SUD-Rail, warnte die SNCF-Führung davor, den Konflikt durch eine Strategie des Abwartens eskalieren zu lassen. Bereits am Tag nach dem Streik soll eine gewerkschaftsübergreifende Beratung stattfinden. Zudem ist für den 23. Juni ein Treffen mit SNCF-Präsident Jean Castex vorgesehen. Die Gewerkschaften drängen jedoch auf frühere Gespräche, um eine weitere Zuspitzung der Lage zu verhindern.

Für die Reisenden waren die Auswirkungen bereits deutlich spürbar. Zahlreiche Hochgeschwindigkeitszüge fielen aus, auch der Intercités-Verkehr wurde stark eingeschränkt. Besonders in der Region Île-de-France kam es zu erheblichen Störungen im Nahverkehr. Die



Mobilisierung verdeutlicht damit einmal mehr die zentrale Rolle der Eisenbahn für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Funktionsfähigkeit Frankreichs.

Die kommenden Wochen dürften entscheidend sein. Sollte die SNCF-Führung auf die Forderungen der Gewerkschaften eingehen und neue Verhandlungen eröffnen, könnte eine Eskalation noch verhindert werden. Bleiben konkrete Zugeständnisse jedoch aus, erscheint eine Fortsetzung der Proteste vor Beginn der Sommerreisezeit durchaus wahrscheinlich. Für die Regierung und die Unternehmensführung würde dies nicht nur ein verkehrspolitisches Problem darstellen, sondern auch zu einem Symbol für die anhaltenden sozialen Spannungen im öffentlichen Dienst werden.

Autor: P. Tiko